

## Der Fluch der großen Tat – oder: Kleine Kinder und große Gelder

Der Bund und die Länder hatten es sich so einfach gedacht: Da verpflichtet man sich, den Kindern bzw. deren Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Kita- oder Hortplatz anzubieten und die Kommunen, die das einrichten müssen, dürfen es auch bezahlen. - Denkste.

Nicht erst seit der Resolution unserer Gemeindevertretung vom Dezember letzten Jahres drohte dieses ein Bumerang für den Gesetzgeber zu werden. Der Verfassungsgerichtshof für Nordrhein-Westfalen hatte vorher schon geurteilt, dass dieses nicht so gehe.

Der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag hatte sich jetzt im Juli ein Gutachten geben lassen, in dem bestätigt wird, was unsere Gemeindevertretung seinerzeit bemängelte:

Das Land sei verpflichtet, die Rechtsansprüche der Eltern auf die Betreuung ihrer lieben Kleinen zu bezahlen. Und dieses rückwirkend seit 2009, seitdem das Gesetz von dem Rechtsanspruch verabschiedet worden war.

Aufgrund einer Lücke im Schleswig-Holsteinischen Gesetz sei das Land und nicht die Kommune kostenpflichtig. Außer, es ändert das Gesetz. Aber auch dann muss unser Landtag die Finanzierung dieser großartigen, aber schwer zu finanzierenden Aufgabe klären.

**Langfristig** gesehen heißt dies, wenn der Landtag dieses auch so sieht, dass unser arg entleerter Gemeindegeldsäckel Geld vom Land erwarten darf. Wann und wie viel, wird nach der parlamentarischen Sommerpause diskutiert. Wie lange diese Diskussionen dauern, weiß auch keiner. **Kurzfristig** bedeutet dies für unsere Gemeinde, dass sie in Vorkasse treten muss, sich aber die entstandenen Kosten merken sollte, um diese auf die große Rechnung zu schreiben. **Mittelfristig** freuen wir Bürger uns darauf, dass sich Nadel und Faden angekündigt haben, um das große Loch in unserem Gemeindehaushalt kleiner zu nähen. Wünschen wir uns, dass dieses recht bald geschieht. Damit die vielen anderen offenen Punkte in unserer Gemeinde, die derzeit aus Geldmangel nicht angefasst werden, auch abgearbeitet werden können.

Hüten wir uns aber davor, das noch nicht vorhandene Geld schon vorher auszugeben. Ein ausgeglichener Haushalt muss das Gemeindeziel bleiben. Unserer Gemeinde könnte es (finanziell) bald besser gehen. Ein Licht am Ende des Tunnels ist in Sicht. Gehen wir mal davon aus, dass dieses kein entgegenkommender Zug ist.

Ihre

**UWA**

Ammersbek, September 2011

(Gordian Okens)

(Ralph Otto)

2.Vorsitzender

Schriftführer

(für den Inhalt verantwortlich)